

*Statement von Prof. em. Dr. Peter Strohmeier, Ruhr-Universität Bochum  
beim Fachforum „Kommunale Familienpolitik wirklich gewollt oder nur Wahlkampftrick?“ am 29.03.2017  
im Rahmen des 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetags in Düsseldorf*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Nein, kommunale Familienpolitik ist kein „Wahlkampftrick“. Sie ist ein Gewinnerthema, denn unter den vielen Bürgermeister\*innen, die ich kennengelernt habe, sind die, die mit „familiengerechte Kommune“ Ernst gemacht haben, mit überzeugenden Ergebnissen wiedergewählt worden.

Dennoch will ich vom Wahlkampf und der Familienpolitik reden, und ich nehme als sachverständiges Mitglied dieser Kommission den im Januar 2017 vorgelegten Bericht der Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ des Landtags von NRW zum Ausgangspunkt meiner einführenden Überlegungen. Die Kommission hat ihre Arbeit kurz vor der Landtagswahl abgeschlossen. Wahlkampf fand dort natürlich statt.

Mein Lehrer Franz Xaver Kaufmann hat in einem Vortrag in der Kommission im Dezember 2015 darauf hingewiesen, dass es in Deutschland im Feld der Sozialpolitik und der Familienpolitik immer „große Koalitionen der Fachpolitiker“ gewesen sind, die die wichtigsten Veränderungen ermöglicht haben. (unabhängig davon, wer gerade mit wem regiert hat)

Das von allen Fraktionen einstimmig so beschlossene **primäre familienpolitische Ziel des Landes Nordrhein-Westfalen ist es Familie (gleich welcher Form) für alle Menschen zu einer Form der Lebensführung zu machen, die sie wertschätzen können.**

**Familienpolitik soll eine „Strukturelle Rücksichtslosigkeit“ von Wirtschaft, Gesellschaft, Politik gegenüber der Lebensform Familie überwinden.**

Was ist Familienpolitik?

*Statement von Prof. em. Dr. Peter Strohmeier, Ruhr-Universität Bochum  
beim Fachforum „Kommunale Familienpolitik wirklich gewollt oder nur Wahlkampftrick?“ am 29.03.2017  
im Rahmen des 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetags in Düsseldorf*

So lange allein Bundespolitik als Familienpolitik galt wurde sie über die **Absichten der Politiker** definiert. Wenn man Familienpolitik aber über ihre **Wirkungen** definiert, dann ist Familienpolitik jede Politik, die **faktisch die Lebenslagen und die Leistungen von Familien beeinflusst**. Das ist mehr als das, was die Familienministerin tut. Familienpolitik ist klassische **Querschnittspolitik, an der viele mitwirken. Und die lokale Ebene wird wichtig**.

Die „**Leistung**“ der Familien, die seit langem als die wichtigste Begründung für staatliche Familienpolitik dient, ist „**Nachwuchssicherung**“. (Familien kriegen und erziehen die Kinder). Es geht also darum, allen Eltern das gedeihliche Aufziehen von Kindern zu ermöglichen und zu erleichtern.

Egal aber ob wir Kinder oder zu pflegende Angehörige haben oder nicht: In der modernen Gesellschaft und im Arbeitsleben werden wir überall gleich behandelt, nämlich als kinder- und anhanglose Individuen. Das ist „**strukturelle Rücksichtslosigkeit**“. Sie ist ein praktisches Funktionsprinzip von Gegenwartsgesellschaften und sie ist niemandes böser Wille. Die Wirtschaft und das soziale Sicherungssystem räumen Kinderlosen ja tatsächlich günstigere Einkommenschancen ein als Personen mit Elternverantwortung.

Franz Xaver Kaufmann hat schon 1990 diese „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ des Wirtschafts- und Sozialsystems moderner Gesellschaften gegenüber der Familie erkannt. Dieser Begriff taucht dann prominent 1994 im 5. Familienbericht der Bundesregierung (Kohl) auf. Seit der Jahrtausendwende sind zwar die damit angesprochenen Probleme z.B. durch den Ausbau von Krippen und Kitas etwas reduziert worden, sie sind aber noch keineswegs überwunden.

### **Wir leben in postfaktischen Zeiten!**

Mehr als 20 Jahre nach dem 5. Familienbericht findet sich im Bericht der Enquetekommission des Landtags von NRW 2017 ein erstaunliches Sondervotum der FDP Fraktion. Der Sachverhalt strukturelle Rücksichtslosigkeit wird darin überhaupt nicht

*Statement von Prof. em. Dr. Peter Strohmeier, Ruhr-Universität Bochum  
beim Fachforum „Kommunale Familienpolitik wirklich gewollt oder nur Wahlkampftrick?“ am 29.03.2017  
im Rahmen des 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetags in Düsseldorf*

bestritten. Aber es wird gefordert, man solle das doch bitte anders nennen! Familien seien schließlich wichtige Leistungsträger für die Gesellschaft und die Wirtschaft, und schon deshalb könnten Gesellschaft und Wirtschaft es gar nicht schlecht mit ihnen meinen. Die Wirtschaft ist gut.

Das könnte nach Wahlkampf aussehen. Es zeigt zumindest, dass Fakten Weltanschauungen nicht schlagen können.

Umgekehrt geht es, Weltanschauungen schlagen Fakten.

Im Kommissionsbericht gibt es insgesamt 169 Handlungsempfehlungen. In etwa 90 % davon sind die beiden großen Fraktionen (SPD und CDU) der gleichen Meinung, was ich sehr schön und sehr bedeutend finde. Trotzdem wird (außer in einem Sondervotum –sic!- der CDU-Fraktion) nirgendwo auf diese faktische „große Koalition“ der Fachpolitiker hingewiesen, - und in der praktischen Kommissionsarbeit fielen beide Fraktionen eher durch zum Teil bemühte Abgrenzung als durch Betonung der hohen faktischen Übereinstimmung auf.

Ist Familienpolitik ein gutes Wahlkampfthema? Reichen dafür 10 Prozent Dissens etwa zum Begriff der „Wahlfreiheit“? Auch hier gibt es übrigens keinen Dissens in der Sache, es geht um „Wording“.

In diesem Bundesland hat es in der praktischen Familienpolitik, vor allem in der Förderung der Familienpolitik der Städte und Gemeinden, seit zwanzig Jahren faktisch eine große Kontinuität gegeben, - an die sich aber 2017 niemand gern erinnern lässt.

Kommen wir zum Faktischen.

*Statement von Prof. em. Dr. Peter Strohmeier, Ruhr-Universität Bochum  
beim Fachforum „Kommunale Familienpolitik wirklich gewollt oder nur Wahlkampftrick?“ am 29.03.2017  
im Rahmen des 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetags in Düsseldorf*

## **Städte und Gemeinden sind das Wirkungsfeld einer zukunftsfähigen Familienpolitik**

Auch das ist Konsens in der Kommission gewesen: Strukturelle RL (auch wenn man sie anders nennen will) erfahren Familien und ihre Mitglieder dort wo sie wohnen und alltäglich leben: schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nicht abgestimmte Öffnungszeiten, nicht oder nur schwer erreichbare öffentliche Hilfsangebote, nicht familiengerechter Wohnraum, defizitäre Infrastruktur im Wohnbereich, nicht genügend und nicht genügend gut qualifiziertes Personal.

Die Kinderbetreuung z.B. ist immer noch dort am besten ausgebaut (in den Städten) wo die wenigsten Kinder leben. Die meisten Familien mit erwerbstätigen Müttern leben aber in den Vorstädten und im Umland. All das sind lokale Erfahrungen.

*In den Kommunen erfahren Familien nicht nur Rücksichtslosigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft. Kommunen sind auch das Wirkungsfeld von Maßnahmen und Programmen, die gegen diese Rücksichtslosigkeit bzw. ihre Folgen arbeiten sollen.*

Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung muss vor Ort umgesetzt werden, präventive Angebote müssen zuallererst die erreichen, die ihrer besonders bedürfen.

Dabei geht es einerseits darum, Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber anderen (kinderlosen) Lebensformen auszugleichen. Andererseits geht es auch darum, spezifische benachteiligte Milieus (zum Beispiel Unterschichtfamilien in segregierten Armutsstadtteilen mit hohen Migrantenanteilen) besonders zu fördern und zu unterstützen.

Der Bericht der Enquetekommission mündet wie gesagt in 169 Handlungsempfehlungen. Zieht man die Empfehlungen ab, die sich an den Bund richten, so adressieren knapp 60 % der übrigen Empfehlungen der Kommission des Landtags **die Städte und Gemeinden und die örtlichen Träger als Akteure und handelnde Subjekte der Politik für Familien und Kinder.**

*Statement von Prof. em. Dr. Peter Strohmeier, Ruhr-Universität Bochum  
beim Fachforum „Kommunale Familienpolitik wirklich gewollt oder nur Wahlkampftrick?“ am 29.03.2017  
im Rahmen des 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetags in Düsseldorf*

Das ist bemerkenswert: Mehr als die Hälfte der Handlungsansätze, die eine zukünftige und wirksame Familienpolitik beschreiben, benennen Veränderungen und Verbesserungen in der Zuständigkeit der örtlichen Träger und der Gemeinden.

Fußballtheoretiker Adi Preißler: **Wichtig ist aufm Platz!**

Natürlich kennen Sie die Klage, nach der Bund und Länder sozialpolitische Verantwortung an die Kommunen delegieren, ohne sie zugleich materiell in die Lage zu versetzen, diese Aufgaben gut zu erfüllen. Davon soll heute und hier nicht die Rede sein.

**Die Familienpolitik der Zukunft ist vor allem lokales Handeln.**

**„Arme Städte, Arme Familien?“**

Unter diesem Titel durfte ich auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2015 in Dresden ein Referat halten. Tenor: nicht jammern, denn kein oder wenig Geld haben die meisten Kommunen, sondern **Politik machen! Geld macht nicht den Unterschied, sondern Köpfe.**

In dem Vortrag in Dresden habe ich ein Loblied auf die (nach der Steuerkraft) ärmsten Städte in Deutschland gesungen. In den ärmsten Städten findet man viel häufiger eine besondere Qualität der lokalen Familienpolitik als in den 10 % der wohlhabendsten Kommunen (zu denen nebenbei gesagt Düsseldorf nicht gehört). Unter den Ärmsten zeichnen sich besonders viele durch besondere Aktivität und Kreativität in den Bereichen Bildung, Integration, Familie aus. Ein Beispiel ist Gladbeck im nördlichen Ruhrgebiet.

Entscheidende Qualitätsmerkmale **lokaler Familienpolitik (nicht kommunaler!)** sind nämlich:

- Führung und die Übernahme von Verantwortung durch die kommunale Spitze,

*Statement von Prof. em. Dr. Peter Strohmeier, Ruhr-Universität Bochum  
beim Fachforum „Kommunale Familienpolitik wirklich gewollt oder nur Wahlkampftrick?“ am 29.03.2017  
im Rahmen des 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetags in Düsseldorf*

- eine ausgeprägte Querschnittsorientierung der Verwaltung,
- ein Leitbild (im Projekt kein Kind zurücklassen haben wir es „Präventionsgedanke“ genannt), das alle Verantwortlichen tragen,
- die Kooperation mit der Zivilgesellschaft und mit Trägern und Akteuren außerhalb von Politik und Verwaltung
- die Einigung auf **Prioritäten und Ziele lokaler Politik für Familien und Kinder** in Prozessen mit hoher Beteiligungsqualität, die dann **im verständigen Zusammenwirken aller relevanten Akteure** angegangen werden.

Die besten Kommunen sind nicht Alleinveranstalter und schon gar nicht alleiniger Finanzier von Maßnahmen und Programmen zur Förderung von Familien. Politische Steuerung, Führung und Koordinierung sind das wichtigste Handlungsfeld unter den Bereichen, aus denen die Kommunen im „Audit familiengerechte Kommune/familiengerechter Kreis) ihre passgenauen lokalen Handlungskonzepte **familiengerechter Kommunen** gebaut haben.

Dazu braucht es freilich Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die diese Prozesse anführen und externe Akteure motivieren und mitnehmen wollen und das auch können.